



In der politischen Routine der Fünften Republik wirken solche Treffen zunächst unspektakulär. Wenn der Premierminister jedoch sämtliche politischen Kräfte des Landes zu einem vertraulichen Lagebriefing einlädt, deutet dies meist auf eine aussergewöhnliche Situation hin. Genau dies geschieht derzeit in Paris: Premierminister Sébastien Lecornu hat die Parteispitzen zu einem sicherheitspolitischen Austausch nach Matignon gebeten. Thema ist der eskalierende Krieg im Nahen Osten und die Rolle Frankreichs.

Die Initiative ist mehr als eine formale Konsultation. Sie spiegelt die wachsende Sorge wider, dass ein regionaler Konflikt zunehmend internationale Dimensionen annimmt – und dass Frankreich, als militärisch präesente Mittelmacht mit globalen Interessen, unmittelbar betroffen sein könnte.

Ein ungewöhnliches Treffen im Schatten einer geopolitischen Eskalation

Am Mittwoch werden sich in Matignon die Vorsitzenden der im Parlament vertretenen Parteien versammeln, ebenso die Präsidenten der Nationalversammlung und des Senats sowie die Leiter der relevanten Parlamentsausschüsse für Verteidigung und auswärtige Angelegenheiten.

Das Treffen ist bewusst als vertrauliches Briefing organisiert. Neben dem Premierminister nehmen hochrangige Regierungsmitglieder sowie militärische und zivile Sicherheitsverantwortliche teil. Ziel ist es, den politischen Entscheidungsträgern einen Überblick über die strategische Lage im Nahen Osten und über die aktuellen Positionierungen Frankreichs zu geben.

Solche Zusammenkünfte sind in Frankreich selten. Sie finden gewöhnlich nur in ausserordentlichen Situationen statt – etwa bei militärischen Interventionen, akuten Terrorbedrohungen oder gravierenden Veränderungen der internationalen Sicherheitslage.

Der Hintergrund ist eine rapide Eskalation im Nahen Osten. Nach einer Serie von militärischen Schlägen gegen iranische Ziele und anschliessenden Vergeltungsaktionen droht sich der Konflikt zu einem regionalen Krieg auszuweiten. Mehrere Staaten sind indirekt oder direkt involviert, während zahlreiche Milizen und Stellvertreterkräfte zusätzliche Dynamiken erzeugen.

Für europäische Regierungen stellt sich damit eine grundlegende Frage: Wie lassen sich



strategische Interessen sichern, ohne in eine unkontrollierbare militärische Eskalation hineingezogen zu werden?

Die offizielle Linie des Élysée: Distanz zum Krieg

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in den vergangenen Tagen mehrfach betont, dass Frankreich nicht an militärischen Operationen gegen Iran beteiligt sei und auch nicht beabsichtige, in den Konflikt einzutreten.

Die französischen Streitkräfte in der Region erfüllten ausschliesslich defensive Aufgaben, erklärte der Präsident. Dazu zählen insbesondere der Schutz französischer Staatsbürger, die Sicherung von Handelsrouten sowie die Unterstützung verbündeter Staaten.

Gleichzeitig hat Paris seine militärische Präsenz im östlichen Mittelmeer und im Golf verstärkt. Besonders symbolträchtig ist die Entsendung des Flugzeugträgers **Charles de Gaulle** mit seiner Trägerkampfgruppe.

Ein solcher Einsatz gehört zu den sichtbarsten Instrumenten militärischer Machtprojektion der französischen Streitkräfte. Der nuklearbetriebene Flugzeugträger kann Kampfflugzeuge, Aufklärungsplattformen und Begleitschiffe koordinieren und dient häufig als mobiles Kommandozentrum.

Offiziell soll diese Präsenz vor allem Abschreckung und Lageaufklärung gewährleisten. Gleichwohl signalisiert sie auch, wie ernst Paris die aktuelle Lage einschätzt.

Frankreichs strategische Präsenz im Nahen Osten

Die Vorsicht der französischen Regierung erklärt sich nicht zuletzt aus der eigenen militärischen Verankerung in der Region.

Seit Jahren beteiligt sich Frankreich an der internationalen Anti-Terror-Koalition gegen den sogenannten Islamischen Staat im Irak und in Syrien. Die französische Beteiligung erfolgt im Rahmen der Operation **Chammal**, die Luftaufklärung, Luftschläge sowie Ausbildungsmissionen umfasst.

Darüber hinaus verfügt Frankreich über mehrere militärische Einrichtungen im Nahen Osten



und im Golfraum. In Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten oder Jordanien bestehen dauerhafte militärische Kooperationen. Diese Infrastruktur ermöglicht schnelle Einsätze, erhöht aber zugleich die Verwundbarkeit französischer Kräfte.

Tatsächlich sind in den vergangenen Monaten mehrere westliche Militärstandorte im Golfraum Ziel von Drohnen- oder Raketenangriffen geworden. Solche Vorfälle zeigen, wie schnell ein regionaler Konflikt auf weitere Akteure übergreifen kann.

Für Paris steht daher derzeit ein zentrales Ziel im Vordergrund: die Sicherheit der eigenen Soldaten und Staatsbürger.

Innenpolitischer Druck auf die Regierung

Die Initiative der Regierung hat auch eine innenpolitische Dimension. Mehrere Oppositionsparteien hatten zuletzt eine stärkere Einbindung des Parlaments gefordert.

Insbesondere Vertreter der radikalen Linken argumentieren, dass mögliche militärische Engagements zwingend Gegenstand einer parlamentarischen Debatte sein müssten. Hinter dieser Forderung steht eine grundsätzliche Frage der französischen Verfassungsordnung.

Die Verfassung der Fünften Republik verleiht der Exekutive weitreichende Kompetenzen im Bereich der Verteidigungspolitik. Präsident und Regierung können militärische Operationen grundsätzlich eigenständig einleiten.

Allerdings schreibt die Verfassung vor, dass ein längerer militärischer Einsatz nach einigen Monaten durch das Parlament bestätigt werden muss. Diese Regelung soll ein Mindestmass an demokratischer Kontrolle gewährleisten.

In Zeiten internationaler Spannungen kann die frühzeitige Information der politischen Parteien daher auch ein Mittel sein, einen breiteren nationalen Konsens zu sichern.

Ein Konflikt mit unklarer Perspektive

Viele strategische Beobachter gehen derzeit davon aus, dass die Krise im Nahen Osten länger andauern könnte. Mehrere strukturelle Konfliktlinien überlagern sich in der Region.



Dazu gehören der Streit um das iranische Atomprogramm, die Rivalität zwischen regionalen Mächten sowie die Rolle zahlreicher nichtstaatlicher Akteure, die eng mit Teheran verbunden sind. Gleichzeitig bleibt die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten ein entscheidender Faktor.

Für europäische Staaten entsteht daraus ein komplexes Dilemma. Einerseits sind sie politisch und militärisch mit den Vereinigten Staaten verbunden. Andererseits haben sie ein starkes Interesse daran, eine weitere Eskalation zu verhindern.

Frankreich versucht daher, eine gewisse strategische Balance zu wahren: klare Unterstützung für seine westlichen Partner, kombiniert mit diplomatischen Bemühungen um Deeskalation.

Diese Position entspricht der traditionellen französischen Aussenpolitik, die seit Jahrzehnten versucht, militärische Bündnistreue mit eigenständiger diplomatischer Handlungsfähigkeit zu verbinden.

Die Suche nach nationaler Geschlossenheit

Vor diesem Hintergrund erhält das Treffen in Matignon eine symbolische Bedeutung. In internationalen Krisen ist die Geschlossenheit der politischen Führung eines Landes selbst ein strategischer Faktor.

Die französische Öffentlichkeit steht militärischen Interventionen im Ausland traditionell eher skeptisch gegenüber. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte – von Afghanistan bis zum Sahel – haben gezeigt, wie schwierig und langwierig solche Einsätze werden können.

Für die Regierung besteht daher ein heikler Balanceakt. Sie muss einerseits die Handlungsfähigkeit Frankreichs demonstrieren und seine Interessen schützen. Andererseits darf sie nicht den Eindruck erwecken, das Land in einen grossen regionalen Krieg hineinzuziehen.

Das Treffen der Parteiführungen dürfte kaum spektakuläre Entscheidungen hervorbringen. Seine eigentliche Funktion liegt anderswo: in der Herstellung politischer Transparenz und der Stabilisierung eines minimalen nationalen Konsenses.

In einer internationalen Ordnung, die zunehmend von Machtkonflikten geprägt ist, bleibt diese innenpolitische Geschlossenheit eine der wichtigsten strategischen Ressourcen eines



Krisenbriefing in Paris: Warum die Regierung die Parteien zum Nahostkrieg einbestellt

Staates wie Frankreich.

Autor: Andreas M. Brucker